

Kamener Zeitung

Vollstrecker für Kamen und Umgebung verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfallversicherung
nach Maßgabe der kassenrechtlichen Bestimmungen. Erstmalig
jährlich 14 Mk. durch die Kasse
besonderen Versicherungsschutz. Bei
Beteiligung der Kasse 42 Mk. falls nur in der Kasse
oder bei der Kasse 42 Mk. falls nur in der Kasse
oder bei der Kasse 42 Mk. falls nur in der Kasse

Nr. 62 (1. Blatt)

Dienstag, den 14. März 1922

50. Jahrgang

Die Neuregelung der Beamtengehälter

Ist nunmehr in den Beratungen der Regierung und des Reichsausschusses zum Abschluß gekommen. Zwischen den Forderungen der Gewerkschaften und den geplanten Bewilligungen der Regierung wurde die Mitte gefunden. Die Erhöhung macht sich besonders bemerkbar für die unteren und mittleren Beamten, während die oberen Beamten nur verhältnismäßig geringe Zulagen erhalten. Nach der Neuregelung betragen die

Zuschläge und das Grundgehalt		
Klasse 1:	3500-4000 Mk.	11 000-16 000 Mk.
Klasse 2:	3500-5000 Mk.	13 500-18 000 Mk.
Klasse 3:	3500-5000 Mk.	15 000-20 000 Mk.
Klasse 4:	3500-5500 Mk.	16 000-21 500 Mk.
Klasse 5:	3500-6000 Mk.	17 000-23 000 Mk.
Klasse 6:	4000-5500 Mk.	18 500-25 000 Mk.
Klasse 7:	4000-4500 Mk.	20 000-27 000 Mk.
Klasse 8:	4000-5000 Mk.	22 000-31 000 Mk.
Klasse 9:	4000-5000 Mk.	25 000-36 000 Mk.
Klasse 10:	3000-5000 Mk.	28 000-42 000 Mk.
Klasse 11:	2000-4000 Mk.	32 000-48 000 Mk.
Klasse 12:	2000-4000 Mk.	40 000-60 000 Mk.
Klasse 13:	bleibt wie bisher.	

Die Höhe der Ortszuschläge bleiben bestehen. Auch die Kinderzuschläge sind unverändert geblieben. Doch sollen die Nachprüfungen für die Zahlung bei Kindern von 14-21 Jahren scharfer als bisher gehandhabt werden. Die Steuerzuschläge auf das Grundgehalt, die Ortszuschläge und die Kinderzuschläge sind von 20 auf 25 Prozent erhöht worden. Der für alle Beamten gleich hohe Steuerzuschlag wird um 500 Mark erhöht. Jeder verheiratete Beamte erhält ein sogen. Frauengeld in Höhe von 1000 Mark jährlich. Für die Witwen sind entsprechende Erhöhungen vorgenommen worden. Die Vorzuschläge für den laufenden Monat wird noch besonders behandelt. Die Mehraufwendungen bei Post und Eisenbahn sollen durch weitere Tarifserhöhungen gedeckt werden.

Die Vorarbeiten für ein neues Beamtenrecht sind soweit gediehen, daß demnächst der Entwurf dem Reichsrat zugehen soll. Der Entwurf enthält auch die Frage des Streikrechtes der Beamten. Ein lebenslänglich angestellter Beamter der Reichsregierung verliert, falls er die Beamteneigenschaft verliert, es steht ihm binnen vier Wochen das Klagerecht gegen den Entschluß zu. Endgültig entlassene Beamten können erst nach dreizehn Jahren wieder angestellt werden.

Preussischer Landtag.

(Sitzung vom 13. März.)

In der heutigen zweiten Beratung der Vorlage zum Feld- und Forstpolizeigesetz wurden, der Entscheidung entsprechend, die Geldstrafen auf den zehnfachen Betrag erhöht. Die Möglichkeit der Ermäßigung in besonderen Fällen wird gestrichen. — Zur zweiten Beratung stand ferner der Gesetzentwurf über die Erhöhung von Landesrechtlich festgelegten Geldbeträgen. Derselbe will die Beträge aus polizeilichen Strafverfügungen wegen Übertretung von 30 auf 1000 Mark erhöhen. Die Freiheitsstrafe soll von drei Tagen auf eine Woche erhöht werden. Die Kosten des Verwaltungsvollstreckungsverfahrens sollen in ihrem Höchstbetrage gleichfalls auf das Doppelte erhöht werden. — Darauf folgt die am Sonnabend abgebrochene Fortsetzung der Beratung über die

Unterstützung Sowjetrusslands mit 20 Millionen.

Abg. Dr. v. Campe (D. Vp.): Rußland ist selbst Schuld an seinem Elend. Es ist kein Wunder, wenn in einem Lande, wo kein Unterschied zwischen Meist und Bettel gemacht wird, solche Zustände zu verzeichnen sind. Jetzt werden die Kommunisten an die Kapitalisten, die sie immer bekämpften, zu erinnern, daß zur Zeit des Eisenbahnstreiks von einem ihnen naheliegenden Seite gesagt wurde, es schade gar nicht, wenn die Kinder der Kapitalisten keine Milch bekämen. Wir haben in Deutschland selbst Brot und haben auch keine Garantie, ob das Geld tatsächlich den Hungernden zu gute kommt. Die Kommunisten sollten die Propagandagelder, die sie aus Rußland erhalten, für den vorliegenden Zweck verwenden. (Rufen bei den Kommunisten.) — Abg. Ruffe (D. Vp.): Deutschland hat alle Veranlassung, dem großen russischen Hungerleid mit Freigabe der Getreidezufuhr entgegenzukommen. Gerade heute brauchen wir eine Hilfe von Staat

zu Staat. Hier wird die Konferenz von Genoa eine große Menschheitsaufgabe zu lösen haben. — Abgeordneter Dr. Freyer (D. Vp.): Würde wirklich das Geld bewilligt, so würde kein Pfennig seinem Zweck zugeführt werden, man würde es für kommunistische Propagandazwecke ins Ausland verschicken. (Großer Lärm bei den Kommunisten, Rufe: Scherke und Rump. Der Vorsitz wird zur Ordnung gerufen.) Es ist erwiesen, daß das Getreide, das von den Vereinten Staaten zur Vornahme der Hungersnot in Rußland bereitgestellt wurde, zur Ernährung der gegen Rußland aufmarschierenden Sowjetarmee Verwendung fand. Solange das kommunistische Regime in Rußland besteht, wird auch die Hungersnot andauern. Denn hat selbst die Unmöglichkeit des Marktes zugegeben. — Abg. Dr. Cohn (L.): Mit dem Ziel des Antrages sind wir einverstanden. Ungeachtet ist die Vergütung mit politischen Fragen. Einflußreiche politische Kräfte wollen Deutschland zur angestrebten Forderung zwingen. Die Russen nehmen lieber noch 10 Jahre Entbehrung auf sich, als sich dem angestrebten Kapitalismus zu verschreiben. Nach einem Schlußwort des Abg. Meyer (D. Vp.) wird der Antrag dem Hauptauschuß überwiesen.

In der darauf folgenden Besprechung über Ministerium, Handels- und Gewerbeverwaltung ist der Antrag des Abgeordneten Dr. Pinner (D. Vp.) den Bericht. — Abgeordneter Dr. Seidig (D. Vp.): Gerade auf dem Gebiete von Handel und Gewerbe muß sich das Reich über die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit Preußen klar sein. Die Handels- und Gewerbesteuern brauchen auch weiterhin im Rahmen der wirtschaftlichen Organisation ihre Selbständigkeit. Wir protestieren dagegen, daß der Reichsverkehrsminister auf Preußen nicht soviel Rücksicht nehmen zu müssen glaubt, wie auf andere Staaten. Die äußerlich günstige Konjunktur in Deutschland ist nur eine Scheinbare. Nur 60 Prozent unserer industriellen Leistungsfähigkeit werden voll ausgenutzt. Der Einfluß des Versailler Vertrages macht sich überall geltend. Bei solchen Umständen, wie der Wiesbadener Vertrag verlangt, wie in Zukunft die Mitwirkung des Reichstages. Das gehört zu den sachlichen Garantien. Wir wollen keine neue Reparationsgewinne. Gegen den freien Verkehr zwischen den französischen Westeilen und den deutschen Westeilen haben wir Bedenken. Der Handelsminister wird dafür Sorge tragen müssen, daß die Bestimmungen des Wiesbadener Abkommens für uns erst in Kraft treten, wenn auch andere industrielle Länder es ratifizieren. Der systematisch durchgeführte Abstandsvertrag ist ein Hindernis für den deutschen Wiederaufbau. Dienstag Weiterberatung.

Die freie Anleihe.

(TU) Die „Tägliche Rundschau“ erfährt von zuständigen Stellen, daß die Besprechungen im Reichsfinanzministerium über die freie Anleihe fortauern; sie hat Aussicht, neben der Zwangsanleihe aufgelegt zu werden. Die Grundlage der freien Anleihe ist etwa folgende: Es werden die Schatzanweisungen ausgegeben mit einer Laufzeit von zwei bis drei Jahren. Die Anleihe ist jedoch mit der Bedingung ausgestattet, daß die Zinshaber von Kriegsanleihe diese abstoßen und freie Anleihe dafür zeichnen können. Es ist eine 6½-prozentige Verzinsung vorgesehen. Die Anleihe soll zum Nennwert aufgelegt werden.

Nur ein Steuerprovisorium.

(TU) In einer Versammlung der sozialdemokratischen Partei in Danabüll führte der Reichstagspräsident Hübner u. a. aus: Die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion hat nur deshalb den Beitritt zu dem vorliegenden Steuervorprovisorium in der Zwangsanleihe beschlossen, weil die Demokraten und das Zentrum für die Erfassung der Sachverhalte nicht zu gewinnen waren, in den Wochen vor Genoa aber wieder ein Regierungswechsel noch eine Neuwahl zum Reichstag herbeigeführt werden konnte. Der Redner ist der Meinung, daß dieses Kompromiß nur eine Einweisung auf die Lösung unserer finanziellen Probleme bedeutet. Spätestens im Herbst wird die deutsche Regierung wegen der riesigen Preissteigerung und der damit verbundenen Gehalts- und Lohnerhöhungen vor demselben ungelösten Problem stehen. Nur eine andere Regelung unserer internationalen Verpflichtungen und ein wirkliches Opfer des Volkes bringt uns aus diesem verheerenden Kreislauf heraus.

Genoa endgültig am 10. April.

(TU) Chamberlain erklärte im Unterhaus, die russische Sowjetregierung habe der italienischen Regierung telegraphisch mitgeteilt, daß die russische Delegation für die Genueser Konferenz bestehen werde aus Lenin, Trotski, Krassin und Dimitroff sowie 11 weiteren Mit-

gliedern. Ein Abgeordneter fragte, ob Schritte getan worden seien, um die russischen Delegierten gegen Ermordung zu schützen. Chamberlain erwiderte hierauf, das sei eine Frage, welche die italienische Regierung angehe. Auf weitere Anfragen erklärte Chamberlain, die Abwesenheit der amerikanischen Regierung, in der Konferenz von Genoa teilzunehmen, werde zu keinerlei Veränderungen des Zeitpunktes der Konferenz führen. Die erste Sitzung der Konferenz sei auf den 10. April festgesetzt. Auf eine Frage, ob die Abwesenheit der deutschen Kriegsschuldigen unter den Fragen sei, die in Genoa zur Verhandlung kommen werden, antwortete Chamberlain mit Nein.

Die amerikanischen Forderungen.

(TU) Die französischen Blätter sind verschiedener Meinung über die amerikanischen Forderungen, die den französischen Staatshaushalt der Genueser Konferenz bilden. Die meisten Blätter glauben, daß lediglich Gründe der inneren amerikanischen Politik das Vorgehen der Regierung veranlaßt haben, obgleich diese Ausnahme durch die Kommentare der amerikanischen Zeitungen widerlegt wird. Als Antwort auf die Forderung wird jetzt allgemein allgemein die Forderung „Tempo“ entbieten. Amerika solle sich auf Deutschland halten. — Andere Zeitungen bezeichnen im „Echo National“ den Schritt des amerikanischen Reiches bei der Reparationskommission, wobei, als ein unvollständiges Vorgehen, das die Reparationen um die Summe von 100 Millionen herabsetzt, als unvollständig. Die Forderungen der Reichsregierung werden der Veranlassung vorausgesetzt. Wie der „New York Herald“ aus Washington meldet, soll das Staatsdepartement mit Nachdruck erklärt haben, die Vereinigten Staaten würden auf Befriedigung der Besatzungskosten bestehen. Diese Forderung werde als unannehmbar empfunden. Die amerikanische Regierung würde ihre Ablehnung als ein anerkennendes Vorgehen der Alliierten betrachten. — Inzwischen meldet die „Chicago Tribune“, daß nach einer weiteren amerikanischen Erklärung, die auf 23 Millionen Dollar unterteilt sei, die für die Kosten vom 1. Mai 1921 bis zum 1. Mai 1922 berechnet seien.

Amerikanische Bedingungen zur Teilnahme am europäischen Wiederaufbau.

(TU) Im „Reichsboten“ schreibt der frühere Chefredakteur der Washingtoner „Tribune“, der sich seinerzeit auf einer Studienreise in Europa befand: Die Widerstände gegen die Konferenz sind geeignet, die Bedingungen Amerikas an dem Wiederaufbau Europas noch weiter hinauszuschieben. Alles was die amerikanische Regierung tun kann, ist die Zulassung internationaler Anleihen auf dem amerikanischen Weltmarkt. An eine Annäherung der Schulden ist bei der herrschenden Meinung der Volksmasse nicht zu denken. Wenn die Regierung sich in Genoa betreten lassen würde, müßte dieses Problem beiseite gelassen werden. Der Glaube an die unumkehrbaren Ausgaben Europas ist zu tief im amerikanischen Volksempfinden eingewurzelt, so daß in der gegenwärtigen Zeit an einen Ersatz der Schulden nicht gedacht werden könne. Das Gelingen der Konferenz von Genoa wäre das beste Propagandamittel dafür. Erst wenn Amerika sieht, daß Europa entschlossen ist, sich selbst zu helfen, wäre es zur Hilfe bereit.

Neue Kriegsvorbereitungen gegen Rußland.

(TU) Zu Nachrichten des Pariser „Journals“ und der italienischen „Pace“, daß sich Kriegsvorbereitungen in Rußland oder gegen Rußland vorbereiten, erfahren wir aus der Umgebung des Prager Betreters einer westlichen Großmacht, daß in letzter Zeit große Transporte von Militärgerät Donau abwärts geschifft wurden. Das Militärgerät soll aus alten Kriegsvorräten stammen, die vor kurzer Zeit von einer Macht aufgelöst wurden. Der Prager „Borsh“ macht heute unter Wiedergabe verschiedener Meldungen aus bevorstehenden Aktionen an der russischen Grenze und auf den ganzen Ernst der Situation aufmerksam. Die Folgen einer neuen Explosion im Osten würden für Europa unübersehbar sein. In der Prager russischen Kolonie, die täglich Zunahme erhält, wird der Aufenthalt Wrangels in Südrussland lebhaft kommentiert.

Gewaltige Lohnkämpfe in England.

In England hat die Ausbreitung der gesamten Arbeiterbewegung der Metallindustrie begonnen. Dabei treffen wir ferner große Arbeitermassen in den Industriezweigen, besonders den Eisenindustrie und dem Schiffbau. Die Bedeutung dieses Vorganges ist ganz unübersehbar. Die Ausbreitung richtet sich zwar zunächst nur gegen die englischen Gewerkschaften, die „Trade Unions“. Da hierdurch aber die Betriebe zum vollen Stillstand kommen, so werden auch die polenischen und ungarischen Arbeiter betroffen, die den „Trade Unions“ nicht angehören. „Daily Chronicle“ berichtet die Zahl der angestrebten Gewerkschaften: Schmiede, Glaser, Glaser und Metallarbeiter — auf etwa 400 000 und die in Metallindustrie gegangenen anderen Arbeiter ebenfalls auf Hunderttausende. Die Gesamtzahl der Angestrebten dürfte sich eine Million betragen. Im Schiffe beträgt die Zahl der angestrebten gewerkschaftlichen Arbeiter etwa 200 000, die der ungarischen 150 000. Über die Ursachen der Ausbreitung wird berichtet, daß es sich einerseits um das Verlangen der Arbeiter handelt, über die Notwendigkeit verlängerter Arbeitszeit mit zu entscheiden, andererseits um den von den Arbeitgebern beschlossenen Lohnabbau. Bei den Metallarbeitern handelt es sich ferner um eine genaue Abgrenzung der Rechte der Arbeiter, einerseits und die Gewerkschaften andererseits in Bezug auf die Leitung der Betriebe und die Arbeitsstunden. Bei dem großen Umfang, den diese Lohnbewegung jetzt angenommen hat, ist sie für das wirtschaftliche Leben Englands ebenso bedeutungsvoll wie der große Bergarbeiterstreik im vorigen Jahre.

Amerikas drohender Bergarbeiterstreik.

Den letzten Washingtoner Meldungen zufolge, hält man in den Vereinigten Staaten es allgemein so gut wie sicher, daß die Kohlengrubenarbeiter am 1. April in den Ausstand treten werden. Die Versuche der Regierung, eine Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zustande zu bringen, sind fruchtlos verlaufen. Wenn auch sicherlich noch weitere Versuche gemacht werden dürften, sind die Aussichten doch so gut wie nichtig. Die Zustimmung unter den Arbeitern findet gegenwärtig statt. Die Exekutiven sagen, daß nach den bereits eingelaufenen Berichten eine überwältigende Mehrheit für den Streik sich ausspreche. Welche Parteien sind kampfbereit und scheinen ein Nachprobieren willkommen zu heißen. Das Publikum ist wenig orientiert und gleichgültig. Den Grubenarbeitern ist die „moralische“ Unterstützung der Eisenbahner und der Hafenarbeiter versprochen worden, d. h. zusammen über zwei Millionen Mann. Sie nennen dies ein „Solidaritätsband“, welches den Sympathiestreik nicht notwendig mache, welches aber jeden Augenblick in ein Solidaritätsband umgewandelt werden könne. Der Streik der Bergarbeiter in Rhode Island dauernd noch immer fort. Er steht in der 17. Woche. 17 000 Arbeiter sind ausständig und keine der beiden Parteien scheint großes Interesse an Vermittlung zu haben. Der Streik hat zu Ruhestörungen aller Art geführt, Wutbürger und Morden. In verschiedenen Städten des Ostens ist der Belagerungszustand verhängt worden.

Der bayerische Innenminister über die Spielpläne.

Im Hauptausschuß des bayerischen Landtages antwortete der Minister des Innern auf die von der bayerischen Mittelpartei über die Spielpläne eingebrachten Anfragen, warum nicht die schon am 17. 2. in München erfolgte Verhaftung dreier Personen, welche Aufzeichnungen mit sich führten, zum Gegenstand eines Eingetretens des Ministeriums des Innern gemacht wurden. Der Minister erklärte, daß diese Aufzeichnungen keinerlei Anhaltspunkte dafür ergeben hätten, daß die Verhafteten in irgendeinem Zusammenhang mit Berlin standen. Ob von Berlin aus Weisungen an die bayerische Staatsanwaltschaft ergangen sind, könne die bayerische Regierung zunächst noch nicht endgültig feststellen, weil die Verhandlungen mit Berlin noch nicht abgeschlossen sind. Welche Maßnahmen die bayerische Regierung gegen eine Wiederholung der Verhaftungen zu ergreifen gedenkt, könne heute noch nicht gesagt werden. Im Anschluß an die Erklärungen des Ministers teilte der Abgeordnete Bruns (Mittelpartei) mit, daß das Reichsmannschaftsspielungsamt durch eine Kölner Schieberfirma finanziert werde, welche durch Verschlebung von Geldern Hunderte von Millionen verdirbt habe.

Tagesereignisse.

— (Völliger Rückzug der Amerikaner vom Rhein?) Die „Westminster Gazette“ steht in der Forderung Amerikas auf Erstattung der Besatzungskosten ein Manöver, um den Rückzug der amerikanischen Besatzungstruppen vom Rhein zu rechtfertigen oder zu beschleunigen.

— (Das Defizit im thüringischen Etat.) Der thüringische Etat schließt mit einem Defizit von 205 Millionen Mark ab, trotzdem die noch nicht veranlagte Grund-, Gebäude- und Mietssteuer schon mit Plus gebracht ist. Ohne diese Steuer würde das Defizit 410 Millionen Mark ergeben.

— Der oldenburgische Ministerpräsident Tammann hielt im Oldenburgischen Landtag eine programmatische Rede über die deutsche Ernährungswirtschaft. Tammann steht grundsätzlich auf dem Boden der freien Wirtschaft, er hält es aber unter den Umständen des Versailler Vertrages aus volkswirtschaftlichen und auch aus politischen Gründen für unmöglich, an einen Abbau der Zwangswirtschaft zu denken. An Hand von Material führte er den Nachweis, daß für die Wirtschaft billigerweise nur ein Produktionspreis in der Höhe des 25-30fachen Friedenspreises angelegt werden dürfte. Er forderte ein den Produktionskosten angemessenes Verfahren für das Umlagegetreide und freie Preisbildung für den verbleibenden nicht unerheblichen Rest. Weiter führte er den Nachweis, daß die Weisung selbst bis zu 5 Hektar von der Befreiung mit Umlagegetreide befreit bleiben können, ohne die Ernährung der Massen zu gefährden. Das Umlageverfahren auch auf die Kartoffeln auszudehnen, erscheint angebracht, der ausreißenden Ernte überflüssig.

9

Nordstrasse!

Empfehle:

- | | | |
|---|-------|--------------|
| la. grüne Bohnen | Pfund | 3.50 |
| la. gelbe Erbsen | Pfund | 6.50 |
| la. kleine gelbe Erbsen | Pfund | 6.50 |
| la. weisse Bohnen | Pfund | 8.00 u. 6.50 |
| la. grüne Erbsen | Pfund | 6.00 |
| la. Jagdwurst | Pfund | 28.00 |
| la. fetten u. durchwachsenen Speck, Schmalz, Rollschinken, Backöl, Salatöl, Tran, Rollmöpse, Bratheringe, sämtliche Sorten Nudeln billigst. | | |

Futter-Artikel

Kernschrot Bruchmais

Waschmittel

braune Seife, Kernseife, Toiletten-seifen, Seifenpulver noch billigst!

„Tadellos!“

Kaufhaus für

Lebensmittel

Wilh. Lückel

Nordstrasse Nr. 9



Die millionenfach bewährte
Oel-Wachs-Schuhkrem

Diamantine

in bester Friedensqualität
wieder erhältlich

Man verlange Dosen mit
eingeletem Zettel
„Friedensware“

Herstell. Rud. Störck-Mühle 14

CIRCUS

Maine

Kamen, auf dem Edel-
kirchenhof.

Heute Dienstag!

Grosse Sport- Vorstellung

Auch finden Ring- und Box-
kämpfe statt, wozu sich mehrere
Herren von hier und Umgegend ge-
meldet haben. 1039

Vorverkauf im Zigarrenhaus
Franz Hentschel, Weststr. 78 und
ab 6 Uhr nachm. an den Zirkuskassen.

Zur Konfirmation!

empfehlen wir

Gesangbücher

in allen Ausführungen
und Preislagen.

Buchhandlung der
Kamener Zeitung,

Weststraße 10.

Ziehung: 24. bis 30. März.

Große Fürsorge- Geld-Lotterie

25920 Geldgewinne im
Gesamtbetrage von

- | |
|----------------|
| 1 Million Mark |
| 100 000 Mark |
| 80 000 Mark |
| 70 000 Mark |

Orig. Fürsorge-Lose 6 Mark
10 Lose sortiert 60 Mark
Porto u. Gewinn 3.50 M. extra
versch. die Postversandst.

Werner & Co.
Berlin S. 59, Mühlentorstr. 14.

Nur Originallose zum amt-
lich festgesetzten Preis
kommen zum Versand.
Bestellung geschieht am
besten und billigsten auf
d. Abschnitt einer blauen
Zahlkarte auf das Post-
scheckkonto 1231 beim Post-
scheckamt Berlin. Nach-
nahmespesen extra.

Telegramm-Adresse:
Millionenauslos, Berlin.

Gelenktauf.

Wegen Aufgabe des Ge-
schäfts verk. ich 12 zähligen
Kastenwagen,
1 Federwagen
und 1 leichten h1008

Gig.
Bergkamen,
Kaiserstraße Nr. 22.

Komplette h1019

Küche,

natur lackiert,
Schlafzimmer
und Einzelmöbel preis-
wert zu verkaufen.

H. Blume, Schillerstr. 5.

Ein gut erhaltener
Rüchenschrank, eine
Blumentrippe
und eine Bettstelle
zu verkaufen. 1023
Zu erw. in der Geschft.

W. Gerdes,
Bergkamen,
Hindenburgstr. 105 b.
Laden.

W. Gerdes,
Bergkamen,
Hindenburgstr. 105 b.
Laden.

W. Gerdes,
Bergkamen,
Hindenburgstr. 105 b.
Laden.

W. Gerdes,
Bergkamen,
Hindenburgstr. 105 b.
Laden.

W. Gerdes,
Bergkamen,
Hindenburgstr. 105 b.
Laden.

W. Gerdes,
Bergkamen,
Hindenburgstr. 105 b.
Laden.

W. Gerdes,
Bergkamen,
Hindenburgstr. 105 b.
Laden.

W. Gerdes,
Bergkamen,
Hindenburgstr. 105 b.
Laden.

Sportverein von 13

e. B.

Mittwoch, d. 15.
ds. Mts., abends
8 Uhr.

Monats- Versammlung

im Vereinsl. Schützen-
hof. Tagesordnung wird
in der Versammlung
bekannt gegeben. 1030

Der Vorstand.

Einfamilien- haus

mit Stallung und
großem Garten zu ver-
kaufen.

Angebote unter W.
D. 1024 an die
Geschäftsstelle der Kam.
Zeitung.

Eine gute, fast neue
Zugposaune
und ein
Flügelhorn
zu verkaufen. 1027
Zu erfragen Schön-
hausen, Ruffelsstr. 5.

Junger
Schäferhund
auf den Namen
Luz hörend, ent-
laufen. Schwarz-
grau, auf dem
Rücken sichtbarer
Impfflecken, vor
Anlauf wird ge-
warnt. 1010

**Wiederbringer er-
hält Belohnung.**

W. Gerdes,
Bergkamen,
Hindenburgstr. 105 b.
Laden.

W. Gerdes,
Bergkamen,
Hindenburgstr. 105 b.
Laden.

W. Gerdes,
Bergkamen,
Hindenburgstr. 105 b.
Laden.

W. Gerdes,
Bergkamen,
Hindenburgstr. 105 b.
Laden.

W. Gerdes,
Bergkamen,
Hindenburgstr. 105 b.
Laden.

W. Gerdes,
Bergkamen,
Hindenburgstr. 105 b.
Laden.

W. Gerdes,
Bergkamen,
Hindenburgstr. 105 b.
Laden.

W. Gerdes,
Bergkamen,
Hindenburgstr. 105 b.
Laden.

W. Gerdes,
Bergkamen,
Hindenburgstr. 105 b.
Laden.

W. Gerdes,
Bergkamen,
Hindenburgstr. 105 b.
Laden.

W. Gerdes,
Bergkamen,
Hindenburgstr. 105 b.
Laden.

W. Gerdes,
Bergkamen,
Hindenburgstr. 105 b.
Laden.

W. Gerdes,
Bergkamen,
Hindenburgstr. 105 b.
Laden.

Neu eingetroffen:

Wieder eine grosse Sendung eleganter

Konfirmanden- und Kommunion-Kleider.

Reizende Neuheiten in **Engelkleidchen**.
Neueste Formen in **Damen- u. Mädchen-
Mänteln, Tailenkleidern, Blusen u.
Kostümrocken** zu äußerst billigen Preisen.

Ein Posten Jackenkleider besonders billig.

S. Nentwig,

Kamen,
Weststrasse 63.

Kamen,
Weststrasse 63.



Kronen-Doppelbier

im Anstich.

Wilh. Reinhard

Schützenhof. 1011 Schützenhof.

Empfehle:

- | |
|-----------------------|
| la. schweren Hafer |
| la. Melasse |
| la. La Plata Perlmais |
| la. Gerstenfuttermehl |
| la. Maismehl |

**Karl Saarbeck, Nord-
strasse 33.**

Gift Tafeln

in allen Grössen

empfiehlt die

Buchhandlung der Kamener Zeitung,

Weststraße 10.

Dünger

zu kaufen gesucht.

Schubert,
Hammerstraße.

kleine, goldene 1014

Damenuhr

mit Kette im Wertsch am
Sonntag verloren.

Der ehrliche Finder wird
gebeten, dieselbe gegen Be-
lohnung abzugeben in der
Geschäftsst. d. Kam. Ztg.

Damen-Armband- Uhr verloren

auf dem Wege von Kamen
bis Weddinghofen.

Abzugeben gegen Be-
lohnung beim Anstreicher-
meister Leuz, Wedding-
hofen, oder im Lapeten-
haus Deimann - Kott-
kamp, Dortmund, Rei-
noldstr. 13-15. 1031

Suche Wasch- und Garten- Arbeitsstelle.

Zu erw. in d. Geschft.

Anzeigen aller Art

inseriert man erfolgreich

1922.

Nr. 62.

